



Koalition braucht Quittung für Anschlag auf Arbeitnehmerrechte

Koalition braucht Quittung für Anschlag auf Arbeitnehmerrechte
"Der Regierungsentwurf zum Beschäftigtendatenschutz ist ein Angriff auf die Arbeitnehmerrechte und eine Kriegserklärung an die Gewerkschaften. Daran haben auch die redaktionellen Änderungen nichts geändert. Der Versuch, still und leise ein Arbeitnehrausforschungsgesetz zu installieren, ist zum Glück am breiten Protest von Opposition, Gewerkschaften und Datenschützern gescheitert. Das Koalitionsdebakel muss jetzt aber auch Folgen haben: Der unsägliche Gesetzentwurf gehört endgültig beerdigt. Wir brauchen einen völligen Neuanlauf für ein eigenständiges Sicherungs- und Schutzgesetz für die Daten der Beschäftigten, das diesen Namen auch verdient", erklärt Jan Korte, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE. Er fährt fort: "Sie planten einen Überraschungscoup und erlebten ein Debakel. In der Schlussphase des Landtagswahlkampfes in Niedersachsen sollte der FDP ein Bonbon spendiert werden, das sich nun als bitter erweist. Offensichtlich spekulierten die Koalitionäre auf das Stillhalten der Kritiker und verrechneten sich dabei gründlich. Mit diesem gescheiterten Anschlagsversuch auf die Arbeitnehmerrechte ist die FDP als Bürgerrechts- und Datenschutzpartei endgültig gestorben. Der gemeinsame Erfolg der Opposition zeigt, dass eine andere Politik im Interesse der Beschäftigten möglich ist. Darauf kann und muss aufgebaut werden."
F.d.R. Susanne Müller
Pressesprecher
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon +4930/227-52800
Telefax +4930/227-56801
pressesprecher@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen DIE LINKE..